Morgen-Ausgabe

„Berliner Tageblatt" u. „Handels-Zeitung" erscheint wochentäglich zweimal. Sonntags, Festtags u. Montags einmal. Illustrierte Gratis-Wochenschriften: Jeden Sonntag „Der Weltspiegel", jeden Mittwoch „Technische Rundschau", 14 tägig Donnerstags „Haus Hof Garten", jeden Freitag Witzblatt „ULK". Man abonniert bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches, Deutsch-Oesterreichs, des tschecho-slowak. Staates, Ungarns, der Schweiz, Luxemburgs, der Niederlande, Dänemarks, Schwedens, Norwegens u. Bulgariens; für alle übrig. Staaten ist der Bezug nur mit Kreuzband durch die Exped. d. Blatt. möglich. Bezugspreis: Durch die Post monatl. 14.— M. ausschl. Zustellungsgebühr, Ausland ausschl. Postaufschlag; für Berlin u. Vororte monatlich 15.— M. bei tägl. zweimaliger Zustellung durch Botenfrauen ins Haus. Unter Kreuzband monatlich für das Inland 25.— M. u. Ausland 40.— M. Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts. In Berlin u. Vororten abonniert man bei der Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Straße 46—49 (Fernsprecher Amt Zentrum Nr. 10131—10144, für den Fernverkehr Nr. 14207—14209), und den nebenstehend aufgeführten Filialen.
Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Insertionspreis: Zeile M. 5.— u. 70 % Zuschlag. Stellen-Gesuche u. Familien-Anzeigen M. 4.— die Zeile, Nachrufe n. übl. Tarif. Ausl.-Inf. 300 % Zuschl. Inser.- u. Abonn.-Ann. in Groß-Berlin: Hauptexp. SW.19, Jerus. Str. 46/49. Filialen: Leipz. Str. 103; Potsd. Str. 33; Zimmerstr. 59; Königstraße 56/57; Rosenth. Str. 48; Schönh. Allee 144; Moritzplatz; Köpen. Str. 67/68; Lothen. Str. 3; Turmstraße 61; Schiffbauerd. 4; Gr. Frankf. Str. 101; Frankf. Allee 286; Frankf. Allee 346; Blücherstr. 69; Wiener Str. 1/6; Greifsw. Str. 197; Fennstr. 1; Müllerstr. 135; Badstr. 61; Charlttbg.: Tauentzienstr. 2; Kantstr. 34; Scharrenstr. 39; Nürnb. Str. 25/26; Kaiserd. 20; Friedenau: Rheinstr. 19; Halensee-Grunew.: Henriettenplatz; Lichtenbg. Frankf. Allee 241; Lichterfelde-West: Carlstr. 1/2; Neukölln: Berliner Str. 41; Hermannstr. 93/94; Kais.-Friedrich-Str. 247/48; Pankow: Bornholm. Str. 1; Schmargendorf: Breite Str. 3; Schöneberg: Hauptstr. 23/24; Martin-Luther-Str. 9; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tegel: Berliner Str. 12; Tempelhof: Berliner Str. 147; Wilmersdorf: Uhlandstr. 88; Kaiserplatz 13. In der Provinz: Brandenburg a. d. H.: Hauptstr. 4; Cöpenick: Schloßstr. 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Niederschöneweide: Brückenstr. 22; Potsdam: Brandenburger Str. 23; Spandau: Breite Str. 47; Stettin: Paradeplatz 8.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt
und Handels-Zeitung

Nr. 286 • Ausgabe A Nr. 154
Ausgabe für Berlin u. Umgegend Nr. 286

Sonntag, 20. Juni 1920
49. Jahrgang

Neue Schwierigkeiten.

Die Programmerklärung.

Der Standpunkt der Deutschen demokratischen Partei.

In der Deutschen demokratischen Fraktion hat sich, wie wir schon gestern abend sagten, eine Mehrheit für den Eintritt in eine mit dem Zentrum und der Deutschen Volkspartei zu bildende Regierung gefunden, da die Mitteilungen, die der Fraktion über die Fassung der Programmerklärung gemacht wurden, als befriedigend gelten konnten. Gegen die Mitwirkung an einer solchen Regierung waren zuletzt noch sieben der anwesenden Fraktionsmitglieder. Diejenigen, die für den Eintritt sich ausgesprochen hatten, gingen dabei, wie betont werden muß, einmütig von der Voraussetzung aus, daß die Programmerklärung, besonders auch in den Sätzen über die Verfassung oder die Staatsform, nunmehr weiteren Aenderungen nicht unterworfen sein werde, und sie waren und sind ebenso einmütig der Ansicht, daß im anderen Falle eine Beteiligung der Deutschen demokratischen Partei an der Regierung völlig unmöglich sei. Den demokratischen Standpunkt zur Frage der Programmerklärung schien auch Herr Fehrenbach zu teilen, und man glaubte Grund zu der Annahme zu haben, daß auch von der Deutschen Volkspartei weitere Schwierigkeiten nicht erhoben werden würden. Gestern nachmittag sind indessen von volksparteilicher Seite neue Einwendungen und Vorschläge gekommen, und das hat dazu geführt, daß die Beratungen über die Bildung der Regierung einstweilen vertagt worden sind. Die Deutsche demokratische Partei ist, im Hinblick auf die Konferenz in Spaa und auf die allgemeine Lage, andauernd bereit, mit dem Zentrum und der Deutschen Volkspartei in die Regierung einzutreten, wenn ausdrücklich, verbindlich und ohne Einschränkung erklärt wird, daß die neue Regierung die gegenwärtige Verfassung anerkenne, sie verteidigen wolle und gewillt sei, an dem Wiederaufbau Deutschlands auf republikanischer Grundlage mitzuarbeiten. Nur eine solche bindende Erklärung, die doch eigentlich für jede Regierung der Republik selbstverständlich sein sollte, wird die Deutsche demokratische Partei veranlassen, der Beteiligung demokratischer Abgeordneter an der Regierung kein Hindernis zu bereiten. Sollte es zu dieser Erklärung nicht in der gewünschten Weise kommen, und sollte das Programm, das die neue Regierung aufstellen wird, nicht den Forderungen der demokratischen Partei entsprechen, so müßten die Demokraten eine Teilnahme an der Koalition ablehnen.

Die Behauptung rechtsstehender Blätter, daß die Deutsche demokratische Partei die Forderung gestellt habe, die Deutsche Volkspartei müsse ihre politische Weltanschauung ändern, wenn jene in das Kabinett eintreten solle, trifft nicht zu. Ein solches Verlangen würde ganz den demokratischen Grundsätzen widersprechen. Die Forderung, daß die Volkspartei den gegebenen Verhältnissen Rechnung tragen müsse, kann unmöglich als ein Aufgeben der Weltanschauung bezeichnet werden. Es ist, wie gesagt, selbstverständlich, daß eine Partei, die in die Regierung eines republikanischen Staates eintritt, dessen Verfassung anerkennen muß.

*

Der deutsch-demokratische Parteivorstand trat gestern abend in der Reichsgeschäftsstelle der Partei zu einer Sitzung zusammen. Der Parteiausschuß der Deutschen demokratischen Partei ist für Dienstag nach Berlin einberufen. Die demokratische Reichstagsfraktion hält heute vormittag im Reichstag eine Sitzung ab.

Die Unterstützung der Bayerischen Volkspartei

München, 19. Juni. (T. U.)

Wie die „Augsburger Postzeitung" aus parlamentarischen Kreisen erfährt, ist die Bayerische Volkspartei grundsätzlich bereit, ein Kabinett Fehrenbach zu unterstützen. Jedoch sollen Bedingungen gestellt werden, die aber rein sachlicher Natur seien und eine geeignete Grundlage der Zusammenarbeit abgeben würden. Die Forderung, in der neuen Regierung vertreten zu sein, habe die Bayerische Volkspartei nicht gestellt, sie stehe vielmehr auf dem Standpunkt, daß sachliche Mitarbeit das Gebot der Stunde sei.

Die Besprechungen in Boulogne.

Die Zahlung der deutschen Schuldsumme in dehnbaren Raten? — Franklin-Bouillon über seinen Londoner Aufenthalt. — Die Verstimmung über „Englands ritterliche Versöhnlichkeit" gegenüber Deutschland.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

Genf, 18. Juni.

Der plötzliche Programmwechsel für die Konferenz in Boulogne hat in Pariser politischen Kreisen großes Aufsehen gemacht. Es sollte ein Dialog zwischen Millerand und Lloyd George werden, und nun ist ein interalliierter Kongreß daraus geworden, an dem Belgien, Japan und besonders energisch Italien teilnehmen werden. Am Quai d'Orsay wurde den Journalisten angedeutet, daß die Konferenz deshalb an Wichtigkeit gewonnen habe, weil in ihrem Verlauf nicht nur die Frage der Höhe der deutschen Entschädigung, sondern auch das viel interessantere Problem besprochen werden wird, wie die von Deutschland zu leistende Summe unter den einzelnen Verbündeten verteilt werden soll. Bei Verteilung des baren Geldes will natürlich jeder dabei sein. Man erzählt, daß namentlich Italien außerordentlich hohe Ansprüche stellt. Zur Frage der Zahlungsmodalität wird jetzt wiederholt, daß der englische Vorschlag einer pauschalen Festsetzung aufgegeben und die französische Idee der Zahlung in dehnbaren Raten angenommen sei. Doch ist diese Meldung noch nicht offiziell. Da die Besprechung in Boulogne nur wenige Stunden dauern soll, wird das höchst schwierige Thema wohl nicht erschöpft werden, und der Plan der großen interalliierten Generalprobe für Spaa, die in Brüssel stattfinden soll, ist immer noch nicht aufgegeben. In der Pariser Presse wird auf die vielen Streitfragen hingewiesen, die die französisch-englischen Beziehungen belasten, und der Wunsch einer wenigstens teilweisen Verständigung vor der Konferenz von Spaa ausgedrückt. Diesen Wunsch sprach vor der Kommission des Aeußeren ihr früherer Präsident Franklin-Bouillon, der eben in England war und über das gegenseitige Mißverständnis klagte, aus. Was Herrn Franklin in London am meisten erstaunt und verstimmt hat, ist die ritterliche Versöhnlichkeit des Engländers gegenüber dem besiegten Gegner. Der Engländer, so sagte er vor der Kommission, hat eine ausgesprochen sportliche Gesinnung, eine Boxergesinnung, die ihn veranlaßt, dem zu Boden geschlagenen Feind die Hand zu reichen. Der Deutsche ist besiegt, das ist gut, nun reden wir nicht mehr darüber. Für unsere Befürchtungen und Klagen hat der Engländer kein Verständnis, ja, diese Klagen stoßen ihn ab.

Haag, 19. Juni.

„Exchange Telegraaf" meldet, daß angesichts der verwirrten politischen Lage in Deutschland die Frage aufgeworfen werden wird, ob die Entscheidung der Alliierten direkt nach Berlin gesandt oder durch die Wiedergutmachungskommission zur Kenntnis der deutschen Regierung gebracht werden soll. „Petit Parisien" erblickt in der Erweiterung der Konferenz ein Zeichen der Einigung zwischen England und Frankreich. Ursprünglich sollte das Zusammentreffen zwischen Lloyd George und Millerand unmittelbar vor Spaa und in Brüssel stattfinden. Es ist zu begrüßen, daß Deutschland wenigstens einige Tage gewinnt, um Stellung zu nehmen. Man nimmt an, daß Ende nächster Woche die Entscheidung der Alliierten in Berlin vorliegen kann. Es ist vorauszusehen, daß diejenigen Kreise in Frankreich und England, die ein Interesse haben, Deutschland durch weitere Unsicherheit zu schwächen, bereits an der Arbeit sind, um aus der traurigen Verwirrung in Deutschland zu beweisen, daß die Konferenz von Spaa gar nicht stattfinden kann.

Paris, 19. Juni. (W. T. B.)

Millerand ist mit Marschall Foch, Finanzminister Marsal und General Weygand über Boulogne nach England abgereist, um noch vor der Konferenz in Boulogne mit Lloyd George in Hythe zusammentreffen. Auf der Konferenz in Boulogne wird Frankreich durch Ministerpräsident Millerand, Marschall Foch, General Weygand, den Finanzvertreter beim Obersten Wirtschaftsrat Avenol und den Direktor beim Finanzministerium Cheysson, Vertreter Frankreichs bei der Wiedergutmachungskommission, vertreten werden, Belgien durch den Minister des Aeußern Hymans, seinen Vertreter bei der Wiedergutmachungskommission Jasper und durch Thysse, Japan durch seine Botschafter in London und Paris, Italien durch den Minister des Aeußern Grafen Sforza; Englands Vertretung ist noch nicht bekannt.

Paris, 19. Juni. (W. T. B.)

Laut „Echo de Paris" wird die **Verschiebung der Konferenz in Spaa auf den 15. Juli wegen der Schwierigkeiten der Kabinettsbildung in Deutschland bestätigt.** Zur Konferenz in Boulogne berichtet der „Matin", man scheine sich entschlossen zu haben, die deutsche Armee auf 100 000 Mann zu beschränken.

Die Verhandlungen mit Krassin.

Die Garantieforderungen Englands.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

w. Basel, 19. Juni.

Der belgische Handelsminister, der aus London zurückkehrte, berichtete im Ministerrat über die mit Krassin geführten Verhandlungen. Der Ministerrat hat grundsätzlich beschlossen, den Versuch zu machen, die Wirtschafts-, Post-, Telegraphen- und Telephonverbindungen wieder aufzunehmen, doch wird Belgien von Sowjetrußland dieselben Garantien wie Lloyd George verlangen.

Die Krisis.

Von [Nachdruck verboten.]

Conrad Haussmann,
Mitglied des Reichstags.

Nur die Ungeduld naiver oder neurasthenischer Zeitungsleser oder Journalisten kann sich über die Schwierigkeit der Krisis und ihrer Lösung täuschen. Es ist wahr, Deutschland sollte eine Regierung haben wegen Spaa, wegen des Auslandes und wegen des Inlandes, wegen der Abstimmungsgebiete, wegen der Autorität und wegen der brennenden schwebenden Wirtschaftsprobleme, die nach einer festen Hand und einer klugen Entscheidung schreien. Aber diese hohen nationalen Interessen hätten sich diejenigen vergegenwärtigen müssen, die ein Haberfeldtreiben gegen die Reichsregierung veranstaltet und nicht die Kraft besessen haben, eine Regierung zu bilden.

Die zwei Rechtsparteien haben jede nur ein Siebentel der Wählerschaft hinter sich, die Unabhängigen etwa ein Sechstel. Ihre Hoffnung, sich an die Stelle der Regierung zu setzen, ist gescheitert. Ihr Plan, die Koalition ins Wanken zu bringen, ist geglückt. Sie haben die Negation einer Mehrheit erreicht. Ohne Mehrheit eine Mehrheit zu bilden, ist ein Kunststück. Deshalb wird jede Lösung nur künstlich und auf einige Zeit haltbar nur bei gutem Willen von fünf Parteien sein, von denen — jede „unentbehrlich" ist. Das wäre übrigens genau ebenso, wenn eine konstitutionelle Monarchie bestehender Rechtszustand wäre.

Die Wähler haben, statt die Lage zu erleichtern, sie, unpolitisch wie die Mitläufer sind, nur erschwert und eine Summe von Abhängigkeiten geschaffen, die lähmend anstatt stärkend wirken. Die Behauptung, die Wahl von Nichtdemokraten bringe eine Lösung, ist durch die Tatsachen Lügen gestraft. Nur die Wahl einer starken bürgerlich-demokratischen Fraktion hätte eine stärkere Regierung und eine klarere Politik ermöglicht.

Die nächste Folge des Haberfeldtreibens gegen die Demokraten und Sozialdemokraten war die Weigerung der Sozialdemokraten, in die Regierung einzutreten. Dies war an sich begreiflich, weil man der Rechten die Verlegenheiten zeigen wollte, die durch die Passivität oder Opposition der Mehrheitssozialdemokraten für die Fortführung der Geschäfte entstehen. Das ist sofort sinnfällig hervorgetreten. Als der Abgeordnete Heinze den Auftrag zur Regierungsbildung übernommen hatte, richtete er an die Sozialdemokratie die Aufforderung zum Eintritt in seine Regierung und legte, als er eine ablehnende Antwort erhielt, sofort staatsmännisch und logisch den Auftrag nieder. Dadurch war die Aussichtslosigkeit, ohne oder gegen die Sozialdemokratie in Deutschland zu regieren, von der antisozialistischen Partei selbst anerkannt. Die ganze Leidenschaftlichkeit der Wahlagitation, die dies verhüllt hat, wird somit als widerspruchsvoll, übertrieben und unzweckmäßig charakterisiert. Sie hat die Lösung erschwert.

Der Aktion Heinze war die Beauftragung des zurückgetretenen Reichskanzlers Hermann Müller vorangegangen, der sich seinerseits nur an die Unabhängigen gewandt hat, und, als diese brüsk ablehnten, gleichfalls seinen Auftrag sofort niederlegte. Diese Tätigkeit war ein Imstichlassen der Koalition durch die Sozialdemokratie.

Als dann Herr Trimborn unter Zuziehung des Herrn Fehrenbach mit der Regierungsbildung beauftragt war und sich an den bisherigen sozialdemokratischen Koalitionsbundesgenossen wandte, lehnte die Sozialdemokratie wieder ab. Damit war eine besondere Erschwerung eingetreten; denn die Sozialdemokratie ist mit 112 Stimmen die einzige große Parlamentspartei, die an ein Viertel der Sitze heranreicht. Indem die Sozialdemokratie streikt, entstehen der Regierungsbildung die allergrößten Schwierigkeiten. Ich finde es begreiflich und sogar berechtigt, daß sie gegenüber dem Wahlvorwurf der „Ministerkleberei" den Gegenbeweis führen wollte. Nachdem der Beweis aber erbracht war, daß in dieser Krisis und vor Spaa die Mitwirkung der größten Arbeiterpartei von der Deutschen Volkspartei und von dem Zentrum für staatsnützlich und notwendig anerkannt wird, ist der Rücktritt eine gefährliche Erschwerung, und er droht die Entwicklung noch weiter nach rechts zu treiben, als durch den Wahlausfall angezeigt war. Dafür trägt die Sozialdemokratie die Verantwortung.

Das demokratische System wird dadurch moralischer und politischer Stützpunkte in einem kritischen Zeitpunkt beraubt. Die Deutsche demokratische Fraktion ist bei dem Versuch, die demokratisch konstitutionellen Grundsätze in der Regierung zu betätigen, von der Sozialdemokratie allein gelassen worden, obwohl der demokratischen Fraktion das Zeugnis loyaler Durchführung der Koalitionsidee von niemand vorenthalten werden kann. In Anerkennung dessen kann die Sozialdemokratie einer neuen Regierung, in welche sie selbst die demokratische Fraktion einzutreten aufgefordert hat, in der nächsten Woche ein Vertrauensvotum auf Grund ihrer Regierungserklärung erteilen, und sie scheint es nicht vorenthalten zu wollen. Das ist auch nach außen nicht ohne Bedeutung. Aber es hilft der Regierung doch nur in den Sattel, damit die Sozialdemokratie selbst aus den Bügel steigen kann.